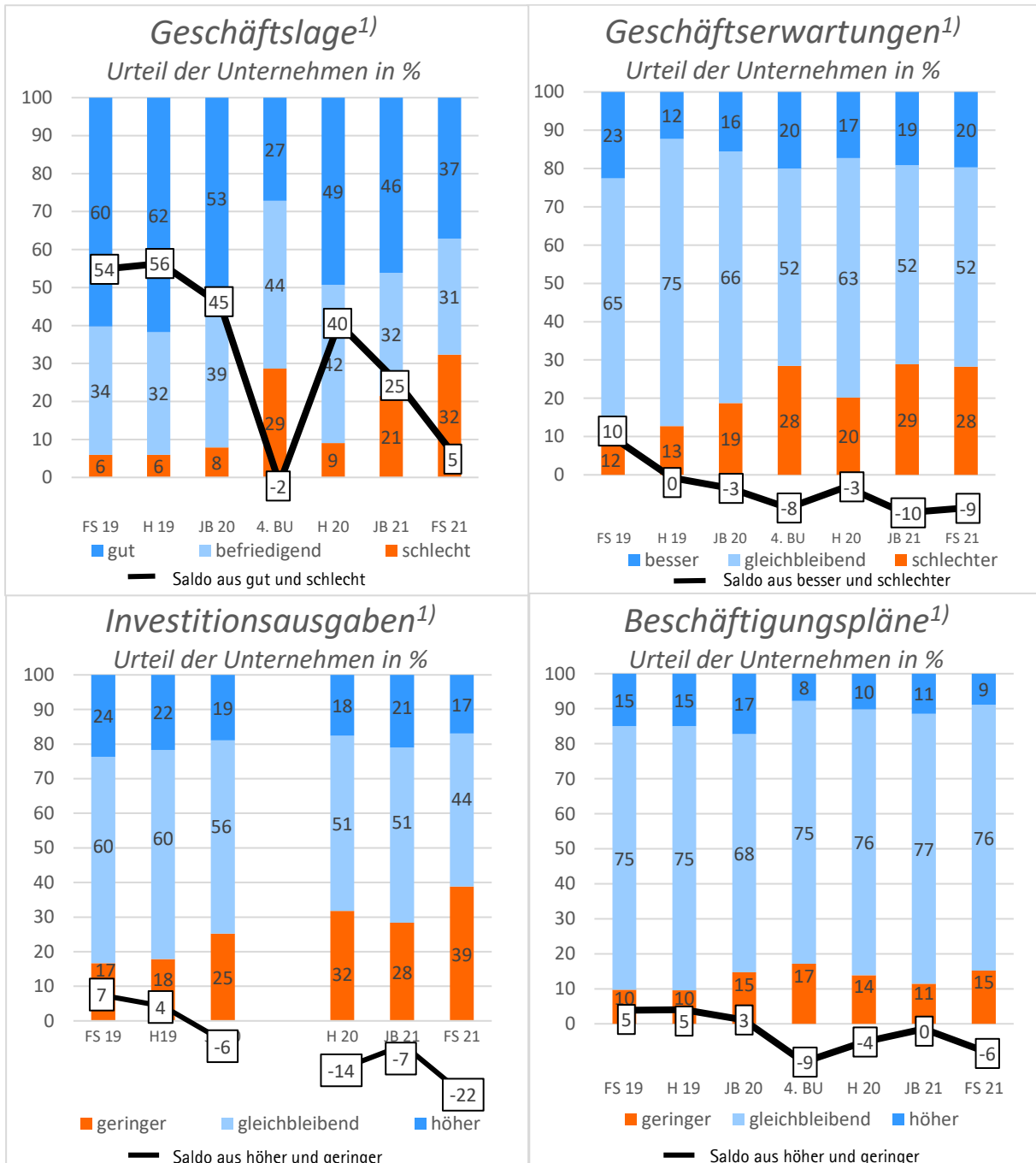


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Frühsummer 2021



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Wirtschaft im Stimmungstief

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 29. März bis 30. April 2021 befragt.¹ Seit der Vorumfrage zum Jahresbeginn 2021 waren kurzzeitig regional vorsichtige Öffnungen des über die Grundversorgung hinaus gehenden Einzelhandels möglich. Diese wurden zunächst eingeschränkt, als am 6. April das Vorweisen eines negativen Testergebnisses Voraussetzung wurde für das Betreten von über die Grundversorgung hinausgehenden Geschäften und die Inanspruchnahme u. a. körpernaher Dienstleistungen. Seit dem 19. April müssen diese Einzelhandelsgeschäfte und viele körpernahe Dienstleistungen wieder geschlossen bleiben.

Aufgrund des langen Shutdowns befindet sich die gewerbliche Wirtschaft insgesamt – und nicht nur die direkt vom Shutdown betroffenen Unternehmen – in einer **schwierigen Geschäftslage**. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Lage als schlecht einschätzen, ist in allen Branchen außer in der Industrie gestiegen und weniger Unternehmen bezeichnen ihre Lage als gut. Damit fällt der Lagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“ – Meldungen) auf 5 Prozentpunkte. Ein Grund für die negativere Bewertung ist die Verschlechterung der Gewinnlage. Der Gewinnlagesaldo ist von +14 auf -8 Prozentpunkte zurückgegangen. Gut ein Drittel der Unternehmen zehrt vom Eigenkapital (Tabelle 1) und 12 % der Unternehmen berichten von zunehmenden Forderungsausfällen. Die Folge sind Liquiditätssengpässe bei 22 % und drohende Zahlungsunfähigkeit bei 8 % der Unternehmen.

Aktuell erwarten mehr Unternehmen für die kommenden 12 Monate eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage (28 %) als eine Verbesserung (20%). Über die Hälfte der Unternehmen sieht in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere in der **Corona-Politik, ein Risiko für die Unternehmensentwicklung**. Jegliche ihrer Planungen für die nächsten Monate unterliegen einer hohen Unsicherheit. Die Ungewissheit über die eigenen finanziellen Spielräume ist bei Unternehmen und Verbrauchern groß, so dass die Vergabe von Aufträgen herausgezögert wird. Dies spüren die Unternehmen in einer gegenüber dem Jahresbeginn 2021 schlechteren Auftragslage, die sie wiederum zu negativeren Geschäftserwartungen veranlasst.

Nach wie vor betrachten die Unternehmen den **Fachkräftemangel als großes Risiko** für ihre Geschäftsentwicklung. Damit sprechen die Unternehmen ihre Befürchtung an, dass die wirtschaftliche Erholung ihres Unternehmens nach der Pandemie durch den Fachkräftemangel gebremst wird. In der akuten Situation beklagen nur gut ein Drittel der Unternehmen, dass sie offene Stellen nicht besetzen können. Während der Hochkonjunktur, z.B. bei der Umfrage im Herbst 2019, konnten dagegen 39 % der Unternehmen offene Stellen nicht besetzen.

42 % der Unternehmen sehen in den **Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung**. Die Corona-Pandemie hat vielfältig auf die Energie- und Rohstoffpreise gewirkt. Mit dem weltweiten Konjunkturunbruch im vergangenen Jahr sanken die Energiepreise drastisch, die kräftige wirtschaftliche Erholung in Ostasien – insbesondere in China – und in den USA treibt sie in die Höhe. Sie sind aktuell wieder ungefähr auf dem Niveau von 2019. Die weltweite Nachfrage nach Industrierohstoffen (agrarische Rohstoffe, NE-Metalle, Eisenerz) hat die Corona-Pandemie kaum gebremst. Vielmehr wirken die pandemiebedingt hohe Nachfrage nach Hardware, die Förderung der Elektromobilität und die starke private und öffentliche Bautätigkeit bei kurzfristig eher starrem Angebot preistreibend. Der Preisindex für Industrierohstoffe liegt laut HWWI aktuell gut 50 % über dem Niveau von 2019. Da diese Entwicklungen die Herstellungskosten der Unternehmen in die Höhe treiben, dämpfen sie die Geschäftserwartungen.

Die pessimistischeren Beurteilungen der Geschäftslage gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 2021 führen zu einem **kräftigen Rückgang des Konjunkturklimaindexes** auf 98 Indexpunkte (Abb. 1).² Das

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 816 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 272. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

² Der Konjunkturklimaindikator kann Werte von 0-200 annehmen und lag im Mittel der letzten 10 Jahre bei 117 Indexpunkten.

Konjunkturklima ist damit fast wieder so schlecht wie zum Zeitpunkt der 4. Blitzumfrage (4. BU), die im vergangenen Jahr vom 22.-26. Juni durchgeführt wurde. Zu diesem Befragungszeitraum waren gerade erste Öffnungsschritte nach dem 1. Shutdown vollzogen worden. Der Konjunkturklimaindikator für Deutschland insgesamt hat gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn zugelegt und liegt nun bei 101 Indexpunkten. Für diese im Vergleich zur IHK-Region bessere Entwicklung ist die wesentlich größere Bedeutung der Industrie ausschlaggebend.

Die Verschlechterung des Konjunkturklimas drückt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. 39 % planen in den kommenden 12 Monaten geringere Investitionsausgaben und nur 17 % vergrößern ihre Investitionsbudgets. Gut drei Viertel der Unternehmen führen Ersatzinvestitionen durch. Ein Viertel plant Rationalisierungsinvestitionen und jeweils 22 % der Unternehmen investieren in Kapazitätserweiterungen und Produktinnovationen. Ähnlich wie bei früheren Umfragen nannten 13 % der Unternehmen Umweltschutz als ein Hauptmotiv ihrer Investitionsausgaben.

Die Antworten zu den Beschäftigungsplänen machen deutlich, dass die Unternehmen im Wesentlichen bestrebt sind, ihre Mitarbeiter zu halten. Gut drei Viertel der Unternehmen gehen von einer konstanten Beschäftigtenzahl aus. Den 9 % der Unternehmen, die Beschäftigung aufbauen wollen, stehen 15 % der Unternehmen gegenüber, die einen Rückgang der Beschäftigtenzahl im eigenen Unternehmen erwarten.

Abb. 1

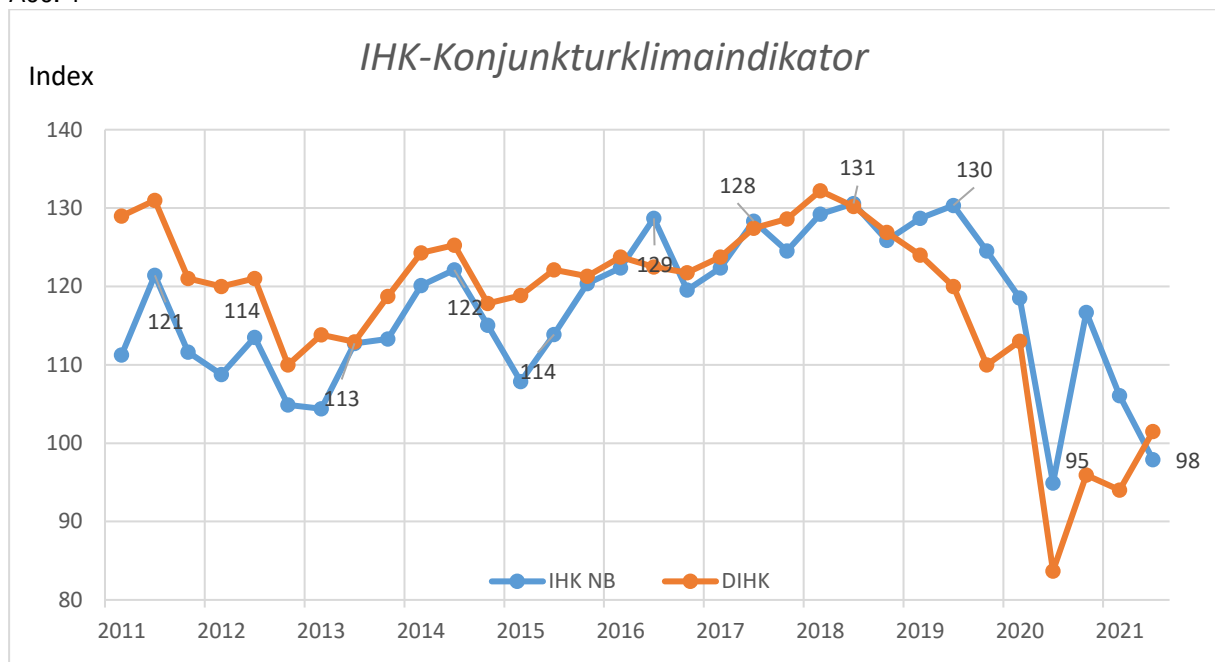
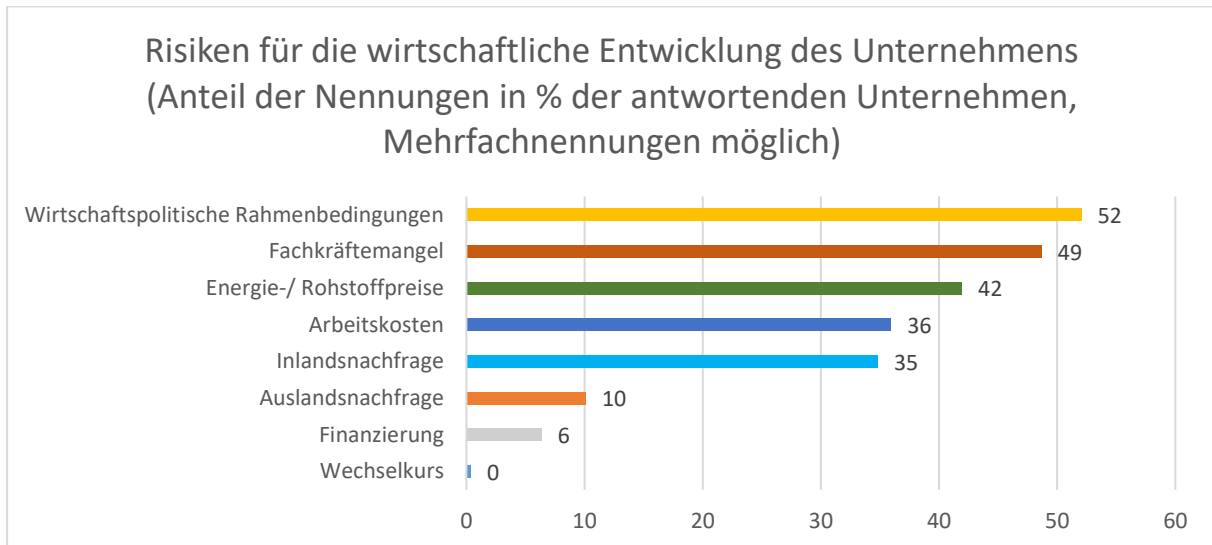


Tabelle 1

Die aktuelle Finanzlage ist geprägt durch..... Einschätzungen der Unternehmen in % (Mehrfachantworten möglich)	H 20	JB 21	FS 21
Liquiditätsengpässe	14	23	22
Drohende Insolvenz	wurde nicht abgefragt	5	8
Eigenkapitalrückgang	30	34	34
Erschwerter Fremdkapitalzugang	6	7	7
Hohe Fremdkapitalbelastung	9	10	9
zunehmende Forderungsausfälle	13	18	12
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	55	44	50

Abb. 2



Die Entwicklung in den Branchen

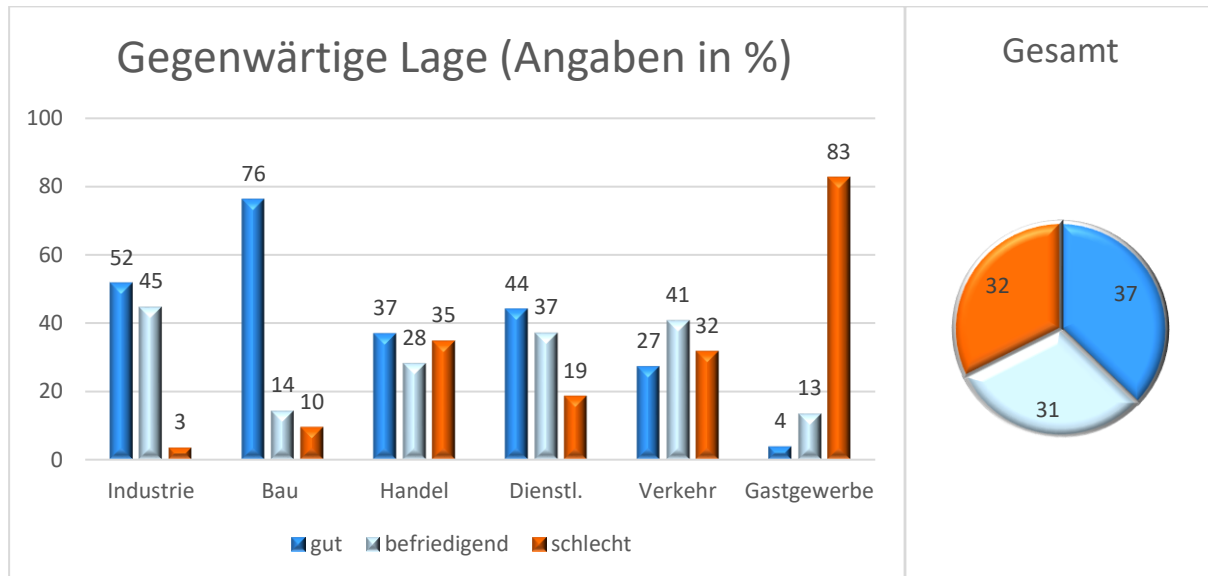
Die Geschäftslage der *Industrieunternehmen* hat sich gegenüber der Vorumfrage verbessert. Anstelle von 13 % beurteilen nun nur noch 3 % ihre Geschäftslage als schlecht. Diese Entwicklung ist auch bundesweit zu beobachten. Die wirtschaftliche Erholung außerhalb Europas, insbesondere in China und den USA, lässt die Nachfrage nach deutschen Industriegütern ansteigen. Auch wenn nur wenige Industrieunternehmen der IHK-Region ihre Produkte direkt ins außereuropäische Ausland ausführen, profitieren sie, wenn ihre Güter als Vorprodukte in Industriegüter eingehen, die für den außereuropäischen Export bestimmt sind. Die Gewinnlage in der Industrie ist weitaus besser als in der Wirtschaft im Durchschnitt. Der Gewinnlagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“ – Meldungen bzgl. der Gewinnlage) beträgt 21 Prozentpunkte, im Durchschnitt der Wirtschaft liegt er bei -14 Prozentpunkten. Allerdings haben sich die Erwartungen der Unternehmen gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 2021 verschlechtert. Ausschlaggebend werden unsichere Gewinnerwartungen sein. Angesichts der großen Knappheit bei Vorprodukten sehen 69 % der Industrieunternehmen in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (Herbstumfrage 20: 53 %). Die Auftragslage wird von den Unternehmen – wie auch schon bei der Umfrage zum Jahresbeginn – weit überwiegend positiv beurteilt (Auftragslagesaldo: 38 Prozentpunkte), so dass von ihr keine negativen Impulse auf die Geschäftserwartungen ausgehen.

Noch planen mehr Unternehmen eine Senkung als eine Steigerung ihrer Investitionsausgaben. Positiv stimmen allerdings die Angaben der Industrieunternehmen zu den Investitionshöhen. Alle Unternehmen sehen Investitionsausgaben vor, 36 % (JB 21: 28 %) planen Investitionen in Höhe von 500.000 € und mehr, 21 % (H 20: 26 %) gehen von Investitionsausgaben zwischen 100.000 und 500.000 € aus.

An der Beschäftigtenzahl in der Industrie wird sich in den kommenden 12 Monaten wenig ändern. Die Unternehmen, die von einer höheren Beschäftigtenzahl ausgehen, überwiegen nur geringfügig jene, die eine rückläufige Beschäftigtenzahl erwarten.

45 % der befragten Industrieunternehmen tätigen Exporte. Diejenigen, die steigende und solche, die sinkende Exporte erwarten, halten sich die Waage.

Abb. 3

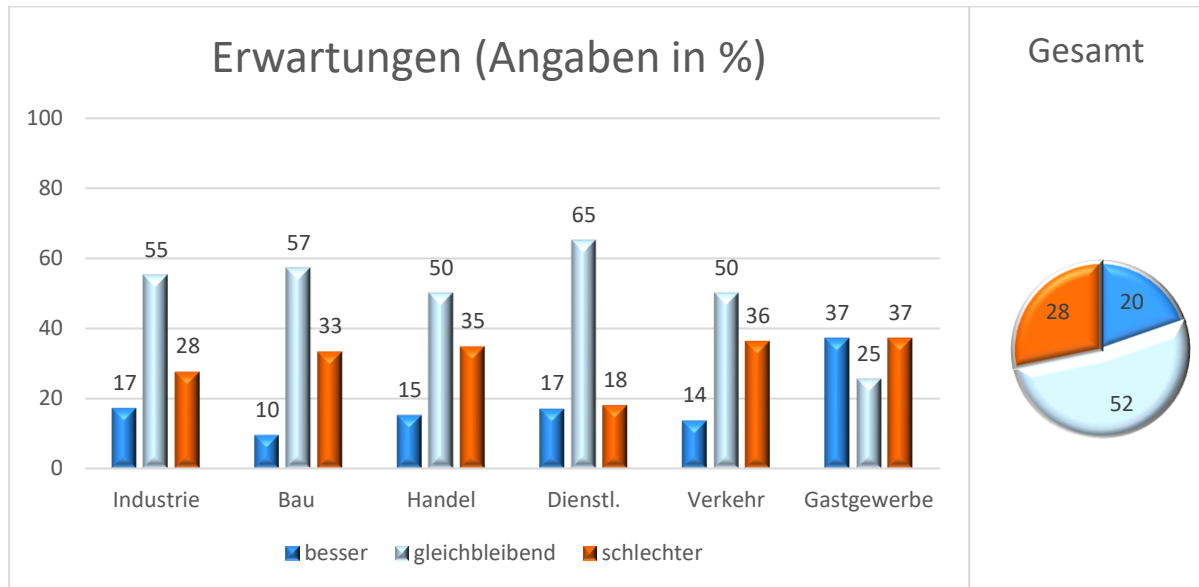


Die Arbeit der **Baubranche** wird nur in geringerem Maße durch die Covid-19-Pandemie behindert. Die Auftragslage wird von 70 % der Unternehmen als „gut“ eingeschätzt, nur 15 % halten sie für „schlecht“; die Nachfrage nach Bauleistungen ist folglich nach wie vor hoch. Drei von vier Unternehmen bezeichnen ihre Finanzlage als unproblematisch. Die Gewinnlage wird von den Bauunternehmen allerdings deutlich schlechter beurteilt als noch zum Jahresbeginn 21. Bei vielen Baustoffen gibt es inzwischen Lieferengpässe und ihre Preise sind zum Teil sehr stark gestiegen. Gut drei Viertel der Unternehmen sehen deshalb in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (Herbstumfrage 20: 28 %). Außerdem ist der Mindestlohn im Baugewerbe in MV zum 1.1.2021 von 12,55 € auf 12,85 € angehoben worden. Diesen Kostenanstieg nennen 38 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko. Von viel größerer Bedeutung ist der Fachkräftemangel. Diesen sehen gut drei Viertel der Baubetriebe als Geschäftsrisiko an. Der Erwartungssaldo ist im Baugewerbe von -19 auf -24 Prozentpunkte gefallen. Dazu trägt bei, dass bei einer aktuell insgesamt als gut eingeschätzten Geschäftslage die Bauunternehmen kaum noch Spielraum für Verbesserungen sehen und daher vermehrt von einer gleichbleibenden Geschäftsentwicklung ausgehen. Auf der anderen Seite trägt die Aussicht auf eine gesamtwirtschaftliche Erholung nach der Pandemie dazu bei, dass weniger Bauunternehmen negative Erwartungen haben. Dieser Effekt ist noch nicht sehr stark, so dass sich insgesamt dieser hohe negative Erwartungssaldo ergibt.

Die Investitionsneigung hat sich etwas verbessert. Insbesondere planen weniger Unternehmen ihre Investitionsausgaben zu verringern. Daher ist der Investitionssaldo von -14 auf -10 Prozentpunkte gestiegen und nur noch jedes vierte Unternehmen plant keine Investitionsausgaben. 35 % der Unternehmen tätigen Investitionen zwischen 10.000 € und 100.000 €, 25 % der Unternehmen zwischen 100.000 € und 500.000 €. 93 % der investierenden Unternehmen führen Ersatzinvestitionen durch, die zum Teil Investitionssummen bis 100.000 € erreichen. Darüber hinaus haben als Investitionsmotive Rationalisierung und Kapazitätsausweitung eine wichtige Bedeutung.

Das Ausmaß des Fachkräftemangels wird deutlich an den Antworten auf die Frage, ob offene Stellen langfristig nicht besetzt werden können. Im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft bejaht aktuell ein Drittel der Unternehmen diese Frage, im Baugewerbe fast zwei Drittel. Etwas positiver stimmen die Beschäftigungspläne. 15 % der Unternehmen erwarten eine höhere Beschäftigtenzahl, 10 % gehen von einer schrumpfenden Belegschaft aus, so dass der Saldo anders als bei den Umfragen im vergangenen Jahr wieder positiv ist. Hier könnte eine Rolle spielen, dass die Westbalkanregelung am 1.1.2021 verlängert worden ist und die Unternehmen die Hoffnung haben, dass sie mit dem Abklingen der Pandemie tatsächlich auch wieder in Anspruch genommen werden kann.

Abb. 4



Im Handel ist die Lage immer noch sehr heterogen. 37 % der Unternehmen beurteilen ihre Lage als „gut“. Dazu gehört zum einen der Lebensmitteleinzelhandel, aber auch Einzelhändler von langlebigen Gebrauchsgütern. Geräte der Information und Kommunikation werden verstärkt nachgefragt, weil sie angesichts von Kontaktbeschränkungen besonders wichtig sind. Die bei vielen privaten Haushalten in der Pandemie angestiegenen Ersparnisse veranlassen zu Käufen von Möbeln oder Küchen. Die Unternehmen in einer „guten“ Geschäftslage beurteilen auch ihre Finanzlage i. d. R. als unproblematisch.

Auf der anderen Seite bezeichnen 35 % der Unternehmen ihre Lage als „schlecht“. Dazu gehört insbesondere der Einzelhandel mit Bekleidung und Schuhen. Der Abverkauf der Winterware war aufgrund des Shutdowns nicht möglich. Frühjahrsware konnte bislang nur in einem kurzen Zeitfenster und unter erschwerten Bedingungen verkauft werden. Gleichzeitig muss Ware für die Sommersaison geordert werden. Auch von Baumärkten und Autohäusern kommen negative Meldungen. Die Lage der Großhändler hängt davon ab, welchen pandemiebedingten Einschränkungen ihre Abnehmer unterliegen. Großhändler, die Hotels und Gaststätten beliefern, geht es daher besonders schlecht.

Am häufigsten beklagen die Unternehmen den aus den mangelnden Absatzmöglichkeiten resultierenden Eigenkapitalrückgang (30 % zum Vergleich JB 21: 40 %). Liquiditätsengpässe werden von 16 % (JB 21: 31 %) und Forderungsausfälle von 19 % (JB 21: 25 %) der Unternehmen gemeldet. Die staatlichen Coronahilfen tragen zu einer Entspannung der finanziellen Situation der Unternehmen bei; allerdings decken sie nicht alle Kosten, werden zum Teil verspätet ausgezahlt oder Händler können aufgrund starrer Berechnungsgrenzen nicht davon profitieren.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich gegenüber der Vorumfrage etwas aufgehellt. Mit der Aussicht auf ein Ende der Pandemie schöpfen manche Einzelhändler Hoffnung auf eine Rückkehr ihrer Geschäfte zur Normalität. Aber viele der negativ betroffenen Einzelhändler erwarten keine schnelle Besserung, so dass der Erwartungssaldo bei immer noch -20 Prozentpunkten liegt.

Die leichte Verbesserung der Erwartungen im Handel wird auch sichtbar in einer etwas größeren Investitionsbereitschaft. Der Investitionssaldo steigt von -26 Prozentpunkten zum Jahresbeginn auf jetzt - 16 Prozentpunkte. Der Anteil an Unternehmen, die keine Investitionsausgaben planen, sinkt von 33 auf 16 %. Als Investitionsmotive stehen neben Ersatzinvestitionen Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund. 38 % der Unternehmen planen mit Investitionssummen bis zu 10.000 €, 36 % der Unternehmen sehen ein Investitionsvolumen zwischen 10.000 € und 100.000 € vor.

Abb. 5

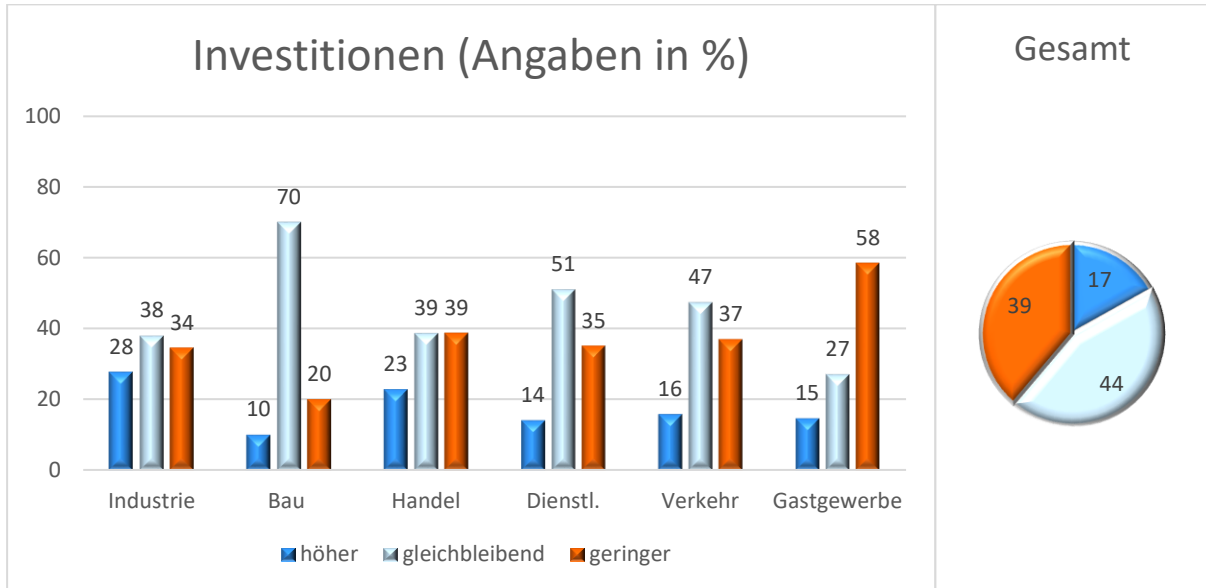
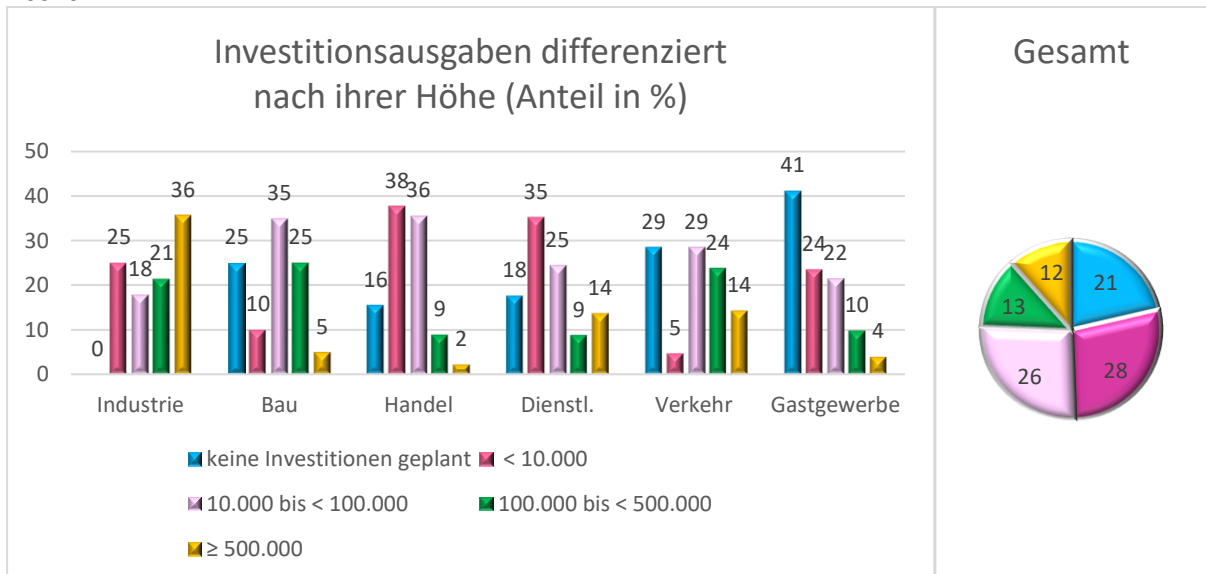


Abb. 6



Die Lage in den Dienstleistungsunternehmen ist ebenfalls sehr heterogen. Gegenüber der Vorumfrage hat sie sich eingetrübt, so dass der Lagesaldo von 42 auf 25 Prozentpunkte gefallen ist. So hat sich die Geschäftslage von Unternehmen der Versicherungswirtschaft verschlechtert. Sie sind zwar nicht pandemiebedingt in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt, aber einige spüren jetzt eine verschlechterte Auftrags- und Gewinnlage. Unternehmen und private Haushalte, die im Zuge der Pandemie Einkommensverluste erlitten haben, schließen weniger Neuverträge ab und bedienen bestehende Verträge nicht rechtzeitig. Folglich klagen die Unternehmen über Forderungsausfälle und Eigenkapitalrückgang. Die Immobilienwirtschaft meldet insgesamt gute Geschäfte, aber Unternehmen, deren Dienstleistungen sich auf touristisch genutzte Immobilien beziehen, trüben das positive Bild. Ihre Gewinn- und Auftragslage ist schlecht, sie leiden ebenfalls unter Liquiditätsengpässen und Eigenkapitalrückgang. Aufgrund der Einschränkungen der Geschäftstätigkeit ist die Geschäftslage in der Veranstaltungswirtschaft, von Reisebüros, von Anbietern touristischer (z.B. Strandkorbvermieter), persönlicher (z.B. Unterrichtsdienstleistungen) oder körpernaher Dienstleistungen (z.B. Nagelstudios) sowie von Spielhallen nach wie vor schlecht. Ungetrübt positiv ist die Geschäftslage bei Architektur- und Ingenieurbüros. Ihnen kommt die immer noch starke Nachfrage nach Planungsdienstleistungen im Zuge der positiven Baukonjunktur zu Gute. Dienstleistungen von Softwareunternehmen sind gefragt, weil die Pandemie in

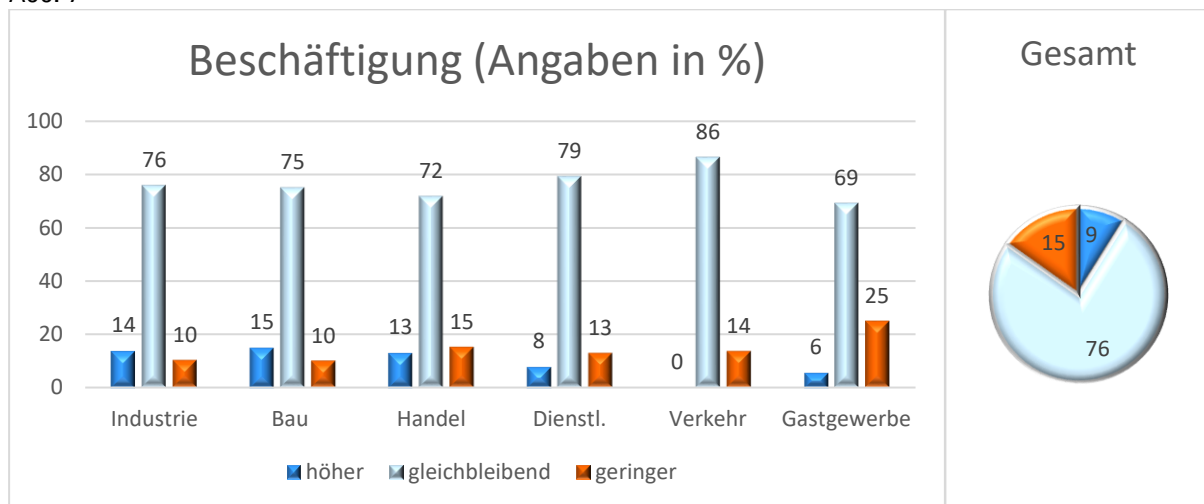
den Unternehmen einen Digitalisierungsschub ausgelöst hat, der durch staatliche Förderungen zusätzlich angetrieben wird.

Die Erwartungen bzgl. der Geschäftsentwicklung in den kommenden 12 Monaten haben sich gegenüber der Umfrage zum Jahresbeginn etwas verbessert. Insbesondere die Unternehmen, die zurzeit nur eingeschränkt tätig sein können, gehen von einer positiven Entwicklung ihrer Geschäfte im Zuge des Abklingens der Pandemie aus. Für viele Dienstleistungsunternehmen gehen von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Risiken für ihre Geschäftstätigkeit aus. Am häufigsten nennen sie die Corona-Politik, daneben werden noch das Miet- und Umweltrecht und immer neue Regulierungen vorgebracht.

Der Investitionssaldo ist von +2 Prozentpunkten auf -21 Prozentpunkte gefallen. Zum einen ist die Investitionsbereitschaft in den von einer verschlechterten Gewinn- und Auftragslage betroffenen Branchen gesunken. Zum anderen planen auch Unternehmen in einer „guten“ wirtschaftlichen Lage und positiven Erwartungen mit geringeren Investitionssummen. Hier ist zu vermuten, dass sie in den zurückliegenden Monaten - womöglich durch die Pandemie ausgelöst - größere Investitionen getätigt haben und im Vergleich dazu die aktuellen Investitionssummen niedriger sind. Neben Ersatzinvestitionen nennen jeweils etwa ein Viertel der Unternehmen Kapazitätsausweitungen, Produktinnovationen und Rationalisierung als Investitionsmotive.

Die schlechte Geschäftslage, in der sich manche Branchen und Unternehmen der Dienstleistungswirtschaft befinden, führt dazu, dass sie mit einer sinkenden Beschäftigtenzahl rechnen. Daher hat sich der Beschäftigungssaldo im Vergleich zur Vorumfrage verringert und liegt jetzt bei -5 Prozentpunkten.

Abb. 7



Die Geschäftslage hat sich im Verkehrsgewerbe im Vergleich zur Umfrage zum Jahresbeginn 21 erheblich eingetrübt. Der Lagesaldo ist von +24 auf -5 Prozentpunkte gefallen. Für die negativen Stimmen ist vor allem der Personenverkehr verantwortlich. Darunter ist ein großer Teil touristischer Personenverkehr, bei dem die Saison normalerweise im April gestartet wäre und der aufgrund der Corona-Beschränkungen nicht tätig werden kann. Um ihre Verluste auszugleichen, unterstützen manche Reisebusunternehmen zurzeit den ÖPNV. Negativ vom langen Shutdown betroffen sind auch Taxiunternehmen, denen aufgrund fehlender Feiern und Ausgehmöglichkeiten, ausbleibender Touristen und Geschäftsreisenden ein großer Teil ihrer Kundschaft fehlt. Der Personenverkehr leidet daher unter einer schlechten Gewinnlage und die Finanzlage ist geprägt durch Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe. Die unklaren Öffnungsperspektiven bringen es mit sich, dass fast alle Unternehmen des Personenverkehrs eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftslage in den kommenden 12 Monaten erwarten. Sie sind im Allgemeinen trotzdem bestrebt, ihre Mitarbeiterzahl konstant zu halten. Oft gelingt es ihnen aber nicht, ausscheidende Mitarbeiter zu ersetzen.

Ganz anders stellt sich die aktuelle Situation im Güterverkehrsgewerbe dar. Die Geschäftslage wird überwiegend positiv beurteilt. Die Auftragslage ist sehr gut. Sie wird u. a. durch den ständig wachsenden

Onlinehandel angeregt. Die Gewinnlage wird nicht so positiv gesehen, weil mit den Energiepreisen die Kosten steigen. Zum aktuell nachfragebedingten, weltweiten Anstieg der Energiepreise kommt in Deutschland noch ihre Verteuerung mit dem Ziel der Einsparung von CO₂. Auch der Fachkräftemangel belastet die Unternehmen. Angesichts der guten Auftragslage planen sie, ihre Belegschaften konstant zu halten, finden aber – auch zurzeit – keine passenden Arbeitskräfte. Dies dämpft ihre Erwartungen zur Geschäftsentwicklung. Das Risiko, dass Fahrzeuge ohne Fahrer auf dem Hof stehen bleiben müssen, mindert die Bereitschaft, in Fahrzeuge zu investieren.

Das Gastgewerbe befindet sich seit Anfang November im Shutdown und der Shutdown dauert länger als es bei der Umfrage zum Jahresbeginn erwartet wurde. Inzwischen beurteilen deshalb 83 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als schlecht. 68 % klagen über Eigenkapitalrückgang und fast die Hälfte über Liquiditätsengpässe. Gut jedes fünfte Unternehmen befürchtet die Insolvenz. Auch die Vorbuchungslage stimmt die Unternehmen nicht positiv. Gut drei Viertel der Unternehmen bezeichnen sie als schlecht.

Vor dem Hintergrund immer wieder verlängerter Shutdowns und unsicherer Öffnungsperspektiven im Umfragezeitraum sind die Unternehmen in ihrer Erwartungsbildung vorsichtiger als noch zum Jahresbeginn. Die Unternehmen, die Verbesserungen und die Verschlechterungen erwarten, halten sich die Waage.

Angesichts der schlechten Lage und unsicherer Geschäftsaussichten planen 58 % der Unternehmen in den kommenden 12 Monaten mit niedrigeren Investitionsbudgets als in der Vorperiode. Gefragt nach der Höhe der Investitionen, haben 41 % angegeben, dass sie keine Investitionsausgaben planen (JB 21: 29 %).

Auch die Beschäftigungsplanungen haben sich nun deutlich verschlechtert. Ein Viertel der Unternehmen, insbesondere die mit negativen Geschäftserwartungen, rechnen mit einer rückläufigen Mitarbeiterzahl. 69 % der Unternehmen haben derzeit keinen Personalbedarf. Gleichzeitig hat ein Drittel der Unternehmen, die ihre Belegschaft vergrößern oder zumindest konstant halten wollen, Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Die unklare Öffnungsperspektive birgt die Gefahr, dass die Unternehmen, zum Zeitpunkt der möglichen Öffnung nicht die passenden Personalkapazitäten haben.

Zusammenfassung und Ausblick

- Die Pandemie beeinträchtigt auch im Frühsommer 2021 die gesamte Wirtschaft, allerdings von Branche zu Branche und auch innerhalb der Branchen auf sehr unterschiedliche Weise.
- Die direkt vom Shutdown betroffenen Branchen klagen vor allem über das Fehlen einer Öffnungsperspektive. Angesichts des vor der Tür stehenden Pfingstfests und der baldigen Sommerferien in vielen Bundesländern kommen die Ankündigungen der Landesregierung über den Zeitplan der Öffnungsschritte auf den letzten Moment.
- Weit besser als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft ist die Stimmung in der Industrie und im Baugewerbe, da eine verlässliche Nachfragesituation gegeben ist. Hier sind das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung Knappheiten und Preissteigerungen bei Rohstoffen und Vorprodukten und daraus resultierend unsichere Gewinnerwartungen.
- Die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen ist aufgrund unsicherer Perspektiven und Gewinnerwartungen sowie anhaltendem Eigenkapitalabfluss niedrig.
- Der Fachkräftemangel behält trotz Pandemie seinen hohen Stellenwert unter den Risiken für die Geschäftsentwicklung. Auch wenn die Unternehmen zurzeit weniger Personal suchen, erwarten sie angesichts des Alteraufbaus ihrer Belegschaften bald wieder große Schwierigkeiten, ihren Fachkräftebedarf zu decken.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

